

FOLLOW THE SCIENCE? POLITIKBERATUNG IN KRISENZEITEN

IN KÜRZE

- Ob Corona oder Klima: In vielen Krisen und Konflikten wird um das bessere Wissen gestritten. In diesen Auseinandersetzungen ist wissenschaftliche Expertise Trumpf.
- Rationale Politik legitimiert sich immer auch durch wissenschaftliche Erkenntnisse. Dafür müssen alle relevanten Stimmen aus der Wissenschaft gehört werden.
- Die Parole „Follow the science!“ greift zu kurz, weil Politik mehr ist, als einzig auf Fakten zu reagieren. Erforderlich ist eine Politikberatung, die Wissens- und Wertefragen berücksichtigt.

WORUM GEHT ES?

Corona-Krise, Klima-Krise, Demokratie-Krise: Viele Krisen der Gegenwart werden als Wissensprobleme verhandelt. Das heißt, man geht davon aus, dass diese Krisen durch Ignoranz und Faktenresistenz verschärft, aber durch Bildung und Aufklärung überwunden werden können. In den Mittelpunkt der Auseinandersetzungen rücken deshalb Wissensaspekte, also Fakten, Evidenzen, kognitive Kompetenzen. So wichtig Wissenschaft und Aufklärung gerade in Krisenzeiten sind: Im Zuge der Verwissenschaftlichung besteht die Gefahr, dass für die politische Mission auf dem Terrain der Wissenschaft gekämpft. Dies wird in der Klimadebatte besonders deutlich: Während Klimaaktivist*innen fordern, die Politik solle endlich der Wissenschaft folgen, behaupten Klimawandelleugner*innen, die Faktenlage gebe keinen Grund zur Besorgnis. Die Wissenslastigkeit vieler Krisen und Konflikte spiegelt sich in den Begriffen, die wir für die Fundamentalopposition bereithalten: Wir nennen sie

„Corona-“, „Klimawandel-“ oder „Evolutions-Leugner*innen“. Aus den weltanschaulichen Gegnern von gestern sind heute Feinde der Vernunft geworden. Auch wenn es um den Einsatz von Pestiziden in der Landwirtschaft (Glyphosat), um die Risiken von elektromagnetischen Feldern (5G-Netz) oder von Nanopartikeln geht – diskutiert und gestritten wird in all diesen Fällen um die Zuverlässigkeit von Studien und Daten, die Glaubwürdigkeit von Szenarien und Modellen oder die Stichhaltigkeit von Grenzwerten und Kennzahlen. Damit wird vorausgesetzt, dass es Aufgabe der Politik ist, die wissenschaftlich empfohlenen Maßnahmen durchzusetzen sobald ein weitreichender Expertenkonsens in diesen Risiko- und Umweltfragen existiert.



Bild: ITA

Wissenschaft informiert, Politik wägt Interessen ab

„Follow the science“ also? Diese Parole darf man nicht falsch verstehen. Auf typisch politische Streitfragen (wie zum Beispiel: „Brauchen wir härtere Maßnahmen?“) gibt es selten wissenschaftlich richtige, also quasi wert- und ideologiefreie Antworten. Das heißt, alle noch so exakten Zahlen, Daten und Prognosen entbinden die Politik nicht von der Pflicht zur Entscheidung. Kurz gesagt: Im wissenschaftlichen Faktum steckt kein politisches Handlungsprogramm. Auch darüber muss die Technikfolgenabschätzung die Politik aufklären. Wenn man es richtig versteht, heißt „Follow the science“: Die Politik soll sich von der Wissenschaft informieren lassen. Sie muss begründen, warum sie manchen Expertenempfehlungen nicht folgt. Beispiel Maskentragen: Dass diese Maßnahme wirkt, steht inzwischen außer Frage. Eine Politik, die dieser Erkenntnis nicht folgt, muss sich rechtfertigen. Natürlich: Es gibt gegenläufige Interessen und Werte, die das Gebot des Maskentragens in Zweifel ziehen, etwa Kostenargumente oder Freiheitsideale. Es ist Aufgabe der Politik, diese widerstreitenden Positionen abzuwägen. Doch darf sie sich nicht leichtfertig über die wissenschaftliche Mehrheitsmeinung hinwegsetzen.

UNSICHERHEIT & POLITIK

Akute Krisen sind durch Uneindeutigkeiten und Unsicherheiten geprägt. Dies gilt auch für krisenrelevante Expertise, denn oftmals fehlen Daten und robuste Erkenntnisse. In der Krise führt die Wissenschaft ihre Lernerfolge sozusagen live und in Echtzeit vor. Das kostet Zeit. Die Politik hingegen erhofft sich schnelle und kompakte Antworten. Daraus resultiert ein Spannungsverhältnis zwischen Wissen und Entscheiden, das eines deutlich macht: Der Versuch, bei komplexen Problemlagen „die Politik herauszuhalten“ und so zu tun, als gebe es nur *eine* rational begründete Handlungsoption, ist nicht glaubwürdig.



In akuten Krisen trifft die Politik ihre Entscheidungen meist auf unvollständiger Datenbasis

Die Parole „Follow the science“ greift daher zu kurz, wenn damit gemeint ist, dass sich die Politik darauf beschränken sollte, die Anweisungen der Wissenschaft auszuführen. Damit verfehlt man nicht nur das Wesen der Politik, das im konstruktiven Aushandeln widersprüchlicher Meinungen und Interessen besteht. Man unterstellt auch fälschlicherweise, dass die Wissenschaft in Situationen, in denen gesichertes Wissen fehlt, tatsächlich mit einer Stimme sprechen kann.

Schließlich verfehlt man auf diese Weise auch den politischen Charakter der gegenwärtigen Krisen und Konflikte. Auch wenn vor allem über die Zuverlässigkeit von Studien und Daten, die Glaubwürdigkeit von Szenarien und Modellen oder die Stichhaltigkeit von Grenzwerten und Kennzahlen gestritten wird: Alle diese Auseinandersetzungen werden letztlich durch gegensätzliche Interessen und Werte angeheizt.

WAS TUN?

Die Pandemie wirft epistemische Fragen auf, die sich um Ansteckungswege, Mutationsraten und Hospitalisierungszahlen drehen. Sie wirft auch normative Fragen auf, wenn es um Rechte, Werte und die Verhältnismäßigkeit politischer Maßnahmen geht. Was heißt das mit Blick auf wissenschaftliche Politikberatung?

- In Krisenzeiten, angesichts überraschender, komplexer Probleme, spielt unabhängige und transparent organisierte Politikberatung eine wichtige Rolle für verantwortliches Entscheiden und glaubwürdige Politik.
- Zähe, langwierige Krisen sind unter anderem durch Konflikte über die richtige Politik gekennzeichnet. In dieser Situation ist interdisziplinäre Politikberatung von großer Bedeutung: Neben Medizin, Komplexitätsforschung und Virologie sind auch Ökonomie, Psychologie, die Technikfolgenabschätzung, die Ethik oder die Bildungsforschung von Belang.
- Darüber hinaus sollte man auch die Öffentlichkeit einbeziehen. Vorstellbar wären etwa „Mini-Publics“, um informierten Laien eine Stimme zu geben. Solche Beteiligungsexperimente haben in der Technikfolgenabschätzung eine lange Tradition und sind gründlich erprobt.

ZUM WEITERLESEN

Alexander Bogner (2021): Die Epistemisierung des Politischen. Wie die Macht des Wissens die Demokratie gefährdet. Stuttgart: Reclam.

oeaw.ac.at/ita/publikationen/buecher/die-epistemisierung-des-politischen

KONTAKT

Alexander Bogner

E-Mail: tamail@oeaw.ac.at

Telefon: +43 1 51581-6582

